

II.1. Welche Wissenschaft für welche Gesellschaft? Versuch über eine Grundfrage einer Ethik der Partizipation

Anja Pichl

Einleitung

Nicht nur alle Arten von Abwehr – Spott, Verächtlichmachung, Bekämpfung, Unterdrückung – können Ideen das Leben, die Wirkmächtigkeit nehmen, indem sie sie aus Denken und Handeln vertreiben. Auch ihre Aufnahme in und Anpassung an Kontexte, die sie eigentlich infrage stellen, die es in ihrem Sinn unbedingt zu ändern gälte, sind dazu in der Lage, eine Idee zum Schatten ihrer selbst werden, sie gar in Vergessenheit geraten zu lassen. Mitunter bleibt nur eine Worthölse, die auf Grund ihres früheren Lebens noch eine gewisse Ausstrahlung und Anziehungskraft hat und bei flüchtigem Hinsehen mit der ursprünglichen Idee verwechselt werden kann. Dies birgt die Gefahr der Illusion über Erreichtes und der Aufgabe weiterer Bemühungen oder auch der Vereinnahmung. Es bietet aber auch Gelegenheit für Rückbesinnung und Wiederbelebungsversuche. Ein solches Schicksal könnte auch der Idee der Partizipation drohen. Dies legt zumindest die Diskrepanz zwischen der enormen Popularität von und den hohen Erwartungen an partizipative Forschung einerseits, Ernüchterung und Enttäuschung angesichts von Limitationen und mitunter gar einer Instrumentalisierung partizipativer Formate andererseits, nahe. Mittlerweile ist Partizipation äußerst populär; sie wird in vielen Kontexten, insbesondere der Gesundheitsforschung und Technologieentwicklung, gefordert und selbst von Förderorganisationen wie dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Förderprogrammen verankert (siehe Gerold et al. und Weschke et al. in diesem Band). Die Öffnung der Wissenschaften hin zu mehr Inter- und Transdisziplinarität und das Experimentieren mit unterschiedlichen Partizipationsformaten in den letzten Jahrzehnten (vgl. Lezaun et al., 2017) hat in vielen Ländern eine beeindruckende und vielfältige, in vielerlei Hinsicht produktive und wünschenswerte Partizipationslandschaft entstehen lassen. Sie weist jedoch, wie unten diskutiert, teils recht enge Grenzen auf, teils läuft sie Gefahr, für politische oder wirtschaftliche Zwecke vereinnahmt zu werden, die ihren ethischen Anspruch konterkarieren. Diese Diskrepanz zwischen Enthusiasmus und Ernüchterung sowie

die Gefahr der Vereinnahmung und Entleerung der Partizipationsidee machen eine Auseinandersetzung mit normativen und epistemischen Grundlagen und konkreten Gelingensbedingungen partizipativer Forschung erforderlich. Hierzu könnte und sollte gerade auch die Ethik verstärkt beitragen.

Der ethische Diskurs zu Partizipation in der Forschung befasst sich insbesondere mit forschungs- und beziehungsethischen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten. Diese sind theoretisch anspruchsvoll und praktisch relevant, ihre Lösung ist für partizipativ Forschende oft dringlich. Die ethische Debatte erscheint jedoch dominiert von prozeduralen Fragen und Evaluationsaspekten und teilweise entpolitisiert.¹ Letzteres zeigt sich nicht zuletzt darin, dass in der ethischen Diskussion zu partizipativer Forschung Wissenschaft und Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Verfassung kaum noch grundsätzlich infrage gestellt werden. Auch normative Ziele, gesellschaftliche Zukunftsvisionen sowie strukturelle Gelingensbedingungen partizipativer Forschung werden eher selten diskutiert. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass ethisch-politische Ziele in der partizipativen Forschungspraxis selbst eine zentrale Rolle spielen, zumindest in deren demokratischer, sozialen Bewegungen entstammender Tradition der »social movement-based citizen science« (Ottinger, 2017), die im Folgenden als »gerechtigkeitsorientierte« bzw. »demokratische« Tradition bezeichnet wird. Einer ihrer bekanntesten Forschungsansätze, participatory action research (PAR), zielt auf einen grundlegenden sozialen Wandel hin zu einer gerechteren Gesellschaft und die Überwindung struktureller Ursachen mangelnder Teilhabe ab (vgl. Cornish et al., 2023). Dieses ethische Kernanliegen der Teilhabe und Gerechtigkeit dürfte auch maßgeblich zu dem verbreiteten Enthusiasmus für Partizipation in der Forschung beitragen und auch in Bereiche ausstrahlen, in denen Partizipation mit bescheideneren, mitunter rein epistemischen Ansprüchen wie der Gewinnung forschungsrelevanter Daten verfolgt wird. Derartige Projekte sind natürlich ebenfalls wichtig und intrinsisch wertvoll. Sie werden der »scientific authority-driven« Tradition partizipativer Forschung zugeordnet (Ottinger, 2017), die im Folgenden als »wissenschaftszentrierte« Tradition bezeichnet wird.

Dieses Kapitel geht zunächst genauer auf Ziele partizipativer Forschung und ihren ethischen Anspruch ein. In Anschluss an Gwen Ottinger (2017) werden dabei die genannten Traditionen partizipativer Forschung mit Blick auf ihre Ausrichtung, Vorstellungen von wissenschaftlicher Autorität und sozialem Wandel unterschieden und die Vorherrschaft der wissenschaftszentrierten Tradition in der Institutionalisierung und Kommunikation partizipativer Forschung problematisiert. In der anschließenden Rekonstruktion des ethischen Diskurses zu partizipativer Forschung wird aufgezeigt, dass sich darin ebenfalls die von Ottinger (2017) kritisierte Dominanz wissenschaftszentrierter über gerechtigkeitsorientierte Vorstellungen partizipativer Forschung findet. Dadurch spielen Wissenschaftskritik und sozialer Wandel häufig nur eine untergeordnete Rolle in ethischen Partizipationsbeiträgen. Dies zeigt sich auch in der Konzentration der ethischen Debatte auf prozedurale und evaluative Fragen. Im Unterschied zu dieser proble-

1 Vgl. Braun & Könningers (2018, S. 3f.) Übersicht bestehender Kritik an Partizipation an *science governance* als »preoccupied with methods, techniques and procedures at the expense of ends, purposes, politics and power«.

matischen Vorherrschaft der wissenschaftszentrierten Tradition stehen die demokratische Tradition partizipativer Forschung und ihre Relevanz für die Ethik im Fokus dieses Beitrags. Die Auseinandersetzung mit Zielen und Vorstellungen sozialen Wandels in der gerechtigkeitsorientierten partizipativen Forschungstradition deckt Dimensionen einer Ethik der Partizipation auf, die unter den vielfältigen ethischen Herausforderungen konkreter Projekte leicht aus dem Blick geraten. Ziele und Zukunftsvisionen können aber wichtige Ansatzpunkte der Orientierung und Kritik partizipativer Forschung und gesellschaftlicher Verhältnisse bieten. Sie verdienen nicht zuletzt deshalb mehr Aufmerksamkeit, weil sie Grundfragen einer Ethik der Partizipation berühren:

1. Die normative Frage, zu welcher Art von Wissenschaft und Gesellschaft partizipative Forschung einen Beitrag leisten soll.
2. Die epistemische Frage, wie sich Wissenschaft und ihr Verhältnis zur Gesellschaft (re)konzeptualisieren lassen.
3. Die pragmatische Frage, welche Bedingungen für ethisch anspruchsvolle partizipative Forschung erfüllt sein müssen. Diese Bedingungen betreffen sowohl das Wissenschaftssystem als auch gesellschaftliche Verhältnisse.

Diese Fragen können im Rahmen dieses Beitrages nicht beantwortet werden, obgleich sie in verkürzter Form im Titel »Welche Wissenschaft für welche Gesellschaft?« zum Ausdruck kommen. Ziel ist, ihre Bedeutung und Relevanz für die ethische Debatte und das Verständnis (und ein Stück weit auch die Praxis) partizipativer Forschung zu klären. Eine Ethik der Partizipation, so die These dieses Beitrags, sollte normativen, epistemischen und pragmatischen Fragen gerechtigkeitsorientierter Partizipation mehr Raum geben. Dazu gehört auch, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zukunftsvisionen und Möglichkeiten der Mitgestaltung gesellschaftlicher Transformationsprozesse und dafür erforderlicher struktureller Veränderungen in Wissenschaft und Gesellschaft zu stärken. Eine solche Ethik der Partizipation fordert das verbreitete Verständnis von Wissenschaft und Demokratie als weitgehend getrennter Sphären heraus und ist anschlussfähig an die politische Theorietradition partizipativer Demokratie (Pateman, 1970) und an Erkenntnisse der Science and Technology Studies (STS), insbesondere Arbeiten zum Konzept der *co-production* (Jasanoff, 2004a & b).

Zusammengefasst versucht dieser Beitrag das – pathetisch gesprochen – ethische Kernanliegen der Idee von Partizipation (zumindest der gerechtigkeitsorientierten Tradition partizipativer Forschung) zu rekonstruieren, den damit verbundenen Anspruch auf eine Umgestaltung von Wissenschaft und Gesellschaft aufzuzeigen und als Gegenstand einer Ethik der Partizipation auszuweisen. Damit soll in diesem Beitrag nicht nur in Erinnerung gerufen werden, dass und inwiefern die Idee der Partizipation gegenwärtige Formen der Wissensproduktion und gesellschaftlicher Verhältnisse infragestellt. Es wird die These aufgestellt, dass das ethische Kernanliegen partizipativer Forschung, zu einem progressiven gesellschaftlichen Wandel beizutragen, in einer Ethik der Partizi-

pation² eine größere Rolle spielen und auch eine Selbstreflexion der Ethik als gesellschaftspolitischer Praxis anstoßen sollte. Eine Ethik der Partizipation, die dazu beiträgt, entsprechende Visionen und Aushandlungsprozesse gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe Teil wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Debatten und letztlich Realität werden zu lassen, käme dem aktivistischen Kern partizipativer Forschung ein gutes Stück näher.

Formen und Ziele partizipativer Forschung

Partizipative Forschung bedeutet ganz grundlegend, dass Menschen ohne akademische Qualifikation (bzw. nicht auf Grund einer solchen, nicht als Mitarbeitende in akademischen Einrichtungen) an Forschungsprojekten aktiv beteiligt werden oder diese selbst initiieren und gemeinsam mit wissenschaftlich akkreditierten Forschenden durchführen. Andersherum bedeutet es auch, dass letztere an Lebens- und Arbeitswelten, zu denen sie forschen, teilhaben (vgl. von Unger, 2014, S. 38). Dabei werden sowohl wissenschaftliche als auch gesellschaftspolitische Ziele in unterschiedlichster Ausprägung und Gewichtung verfolgt. Die Beteiligung der sog. Öffentlichkeit³ oder auch spezifischer Gruppen wie von Marginalisierung Betroffener, Patient:innen, Schüler:innen oder Fachkräfte kann sehr verschiedene Formen annehmen, die mit diversen, einander teils überschneidenden Forschungstraditionen verbunden sind, darunter *citizen science* (Eitzel et al., 2017; Ottinger, 2017), PAR (Cornish et al., 2023), Community-basierte partizipative Forschung (CBPR, von Unger, 2014) u.v.a. Der Grad bzw. die Intensität der Beteiligung kann in den verschiedenen Strömungen und von Projekt zu Projekt sehr unterschiedlich ausfallen und wurde einflussreich anhand einer Leiter (Arnstein, 1969; siehe auch Kap. Weschke et al. in diesem Band) bzw. anhand von Stufen (Wright, 2021) systematisiert, wobei Beteiligungsformen auch von Formen der Nicht-Partizipation und Vorstufen der Partizipation abgegrenzt werden. Sowohl zwischen als auch innerhalb der Gebiete, in denen partizipativ geforscht wird, gibt es eine Vielzahl an Beteiligungskonzepten,⁴ die hier weder umfassend dargestellt noch gar auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Die enorme Vielfalt partizipativer Forschungsansätze lässt sich aber anhand ihrer grundlegenden Zielrichtung in eine wissenschaftszentrierte, vorrangig auf den Einbezug der Öffentlichkeit in herkömmliche wissenschaftliche Forschung ausgerichtete Tradition⁵ und eine demokratische, stärker auf sozialpolitischen Wandel und Gerechtigkeit abzielende, in der Gesellschaft vorhandenes Wissen integrierende und oft

2 Dieser Ausdruck soll die ethischen Dimensionen und unterschiedlichen Formen von ethischer Analyse und Reflexion partizipativer Forschung, die immer auch selbst Interventionen darstellen, bezeichnen, ohne zu suggerieren, dass hier Ethik angewendet wird.

3 Vgl. Chilvers & Kearnes, 2015b zur Konstruktion der Öffentlichkeit in und durch partizipative Forschung.

4 Allein für den Kontext partizipativer Gesundheitsforschung gibt es eine große konzeptuelle Vielfalt, Vgl. Frith, 2023 und Wright, 2021 sowie Weschke et al. in diesem Band.

5 Nach von Ungers (2014, S. 41) Definition partizipativer Forschung, derzufolge Vertreter:innen der Lebenswelt Entscheidungsmacht in allen Phasen des Forschungsprozesses zukommen muss, fiel dieser Strang nicht unter partizipative Forschung.

wissenschaftliche Autorität herausfordernde Tradition einteilen (Cooper & Lewenstein, 2016; Eitzel et al., 2017; Ottinger, 2017; Evans & Potochnik, 2023).

Die wissenschaftszentrierte Tradition partizipativer Forschung hat Vorformen in früheren Jahrhunderten, in denen Bürger:innen Informationen über ihre Umwelt sammelten (Eitzel et al., 2017; Cooper & Lewenstein, 2016), also noch vor der Entstehung der modernen Wissenschaften gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit ihrer strengen Unterscheidung von professioneller Wissenschaft und Laien bzw. Amateuren (Ottinger 2017).⁶ Gegen Ende des 20. Jahrhunderts etablierte sich der Begriff *Citizen Science* für Forschungsprojekte, in denen Mitglieder der Öffentlichkeit an vorrangig naturwissenschaftlichen Projekte teilnehmen, bspw. indem sie Daten sammeln, wie z. B. bei der Vogelbeobachtung im Rahmen von *ebird* (Cooper & Lewenstein, 2016) oder indem sie an virtuellen Spielen teilnehmen, bei denen durch Gaming wissenschaftliche Probleme gelöst oder wissenschaftliche Inhalte vermittelt werden sollen.⁷ In der Regel haben Mitglieder der Öffentlichkeit in solchen Projekten kaum Einfluss auf die Fragestellung, Methodenwahl und Auswertung der mit ihrer Hilfe gewonnenen Daten oder Erkenntnisse. Die Autorität liegt weitgehend bei den akademischen Wissenschaftler:innen die das jeweilige Projekt leiten, weshalb diese Tradition auch als »scientific authority-driven citizen science« (Ottinger, 2017, S. 351) bezeichnet wird. Zentrales Kennzeichen ist das Festhalten an hergebrachten Vorstellungen und Standards von Wissenschaftlichkeit und wissenschaftlicher Autorität, ebenso werden Methoden und Limitationen wissenschaftlicher Zugangsweisen selten hinterfragt. Gesellschaftlicher Wandel und Gerechtigkeitsanliegen stehen nicht im Vordergrund und werden allenfalls indirekt, als Effekt von Wissenserwerb und -vermittlung, verfolgt (s. u.). Dies ist kein Kritikpunkt, sondern eine Beobachtung, denn selbstverständlich sind auch rein epistemische Interessen an partizipativer Forschung und entsprechende wissenschaftszentrierte Projekte, die die Möglichkeit nutzen mit Hilfe von (oft sehr kenntnisreichen) »Laien« über längere Zeiträume und Grenzen hinweg Erkenntnisse, bspw. über Vogelpopulationen, zu gewinnen, legitim und wichtig.⁸ Wissenserwerb ist als solcher von großem Wert und nicht jedes Projekt kann oder sollte sinnvollerweise den höchstmöglichen Grad an Partizipation umsetzen oder primär auf sozialen Wandel ausgerichtet sein.

Der Begriff *citizen science* wurde aber auch von Alan Irwin in seinem einflussreichen gleichnamigen Buch (1995) für die demokratische, auf soziale Gerechtigkeit abzielende Tradition partizipativer Forschung, die »social movement-based citizen science« (Ottinger, 2017), verwendet.⁹ Sie ist am stärksten in den Sozial- und Gesundheitswissenschaft-

6 Wobei die Grenzen der Wissenschaft im Verlauf der Zeit immer wieder neu gezogen und verhandelt wurden und werden (Vgl. Gieryn, 1983).

7 Ein Beispiel dafür ist die Plattform *Science at Home* der Universität Aarhus in Dänemark, die u.a. Spiele zu Forschungsprojekten der Kognitionswissenschaften und Quantenphysik entwickelt hat: <https://www.scienceathome.org/about-us/> (letzter Zugriff am 14.10.2024).

8 Problematisch wird es, wenn wissenschaftliche Tätigkeiten aus Kostengründen an Freiwillige outgesourct werden (Vgl. Ottinger, 2017, 356), was hier aber nicht vertieft werden kann.

9 Der Begriff *citizen science* hat sich in diesem Kontext zwar nicht durchgesetzt, wird aber immer häufiger doch auch in einem beide Traditionen partizipativer Forschung umfassenden Sinn (Eitzel et al., 2017) bzw. zur Bezeichnung von Mischformen der beiden verwendet (Cooper & Lewenstein, 2016).

ten, insbesondere STS und Umweltwissenschaften, ausgeprägt, wobei sich neben Alan Irwin (1995) häufig auf Paulo Freires »Pedagogy of the oppressed« (1970) bezogen wird. Im Unterschied zur wissenschaftszentrierten Tradition zielt die gerechtigkeitsorientierte Tradition stärker auf progressiven gesellschaftlichen Wandel ab sowie auf die Entwicklung einer auf die Gesellschaft und ihre Bedürfnisse ausgerichteten Wissensproduktion. Dies zeigt sich bspw. in der Definition von PAR als »scholar-activist research approach that brings together community members, activists and scholars to co-create knowledge and social change in tandem« (Cornish et al., 2023, S. 2). Es wird auch besonders deutlich in Hella von Ungers (2014) Charakterisierung von partizipativer Forschung als »ein klar wertebasiertes Unterfangen: Soziale Gerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit, Menschenrechte, die Förderung von Demokratie und andere Wertorientierungen sind treibende Kräfte« (S. 1). Die Autorität bzgl. Ausrichtung, Methodik und Bewertung der Wissensproduktion liegt hier nicht mehr bei wissenschaftlichen Institutionen, zumindest nicht allein. Diese sollen, wo nötig, herausgefordert, Wissenschaft umgestaltet und demokratisiert, wissenschaftliche Konzepte, Methoden und Ansätze auf ihre Limitationen hin überprüft, ggf. verändert und stärker auf gesellschaftlich relevante Fragestellungen und Bedürfnisse hin ausgerichtet werden (Irwin, 1995; Ottinger, 2017). Der Öffentlichkeit kommt dabei nicht nur eine unterstützende Funktion beim Sammeln und Auswerten von Daten zu; stattdessen prägen Mitglieder der Öffentlichkeit die Agenda, Methodik, Inhalte, Verwertung und Evaluation von Forschungsprojekten und werden als Wissende ernst genommen (Eitzel et al., 2017). Es besteht ein Bewusstsein dafür, dass für die angestrebte gesellschaftliche Transformation bzw. die Lösung konkreter Probleme, wie z.B. gesundheitsgefährdende Umweltverschmutzung, einerseits Wissenschaft genutzt werden muss, andererseits aber auch dafür, dass Wissenschaft häufig Teil gesellschaftlicher Probleme ist und in der Bevölkerung vorhandenes Wissen oft nicht oder nur unzureichend integriert. Letzteres ist bspw. der Fall, wenn Wissenschaftler:innen die realen Anwendungsbedingungen von Pestiziden und das Wissen von Landwirten bei ihrer Risikobewertung nicht berücksichtigen (Irwin, 1995) oder einen Zusammenhang zwischen Umweltverschmutzung und Erkrankungen auf Grund übermäßig hoher Standards von Evidenz und statistischer Signifikanz oder unpassender Messtechniken nicht (an)erkennen (Ottinger, 2017, S. 352).

Wie Cooper und Lewenstein (2016) aufzeigen, gibt es durchaus auch produktive Verbindungen beider Traditionen. Diese finden sich gerade auch in der partizipativen Gesundheitsforschung, wie die Definition von Clar and Wright (2021) nahelegt: »Partizipative Forschung ist die gemeinsame Erforschung wissenschaftlich-praktischer Fragestellungen im Rahmen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Praxiseinrichtungen und Menschen, deren Leben oder Arbeit im Zentrum der Forschung stehen. Ziel ist, auf Grund der gemeinsam gewonnenen Erkenntnisse innovative Lösungsstrategien zu entwickeln.« (S. 1) Hier steht der instrumentelle Nutzen partizipativer Gesundheitsforschung im Vordergrund, wozu in erster Linie die Wissensproduktion unter Einbezug der Expertise der lebensweltlichen Forschungspartner:innen zählt, aber auch die Verbesserung ihrer Lebenssituation. Ähnlich, aber noch expliziter auf letzteres und den dafür nötigen gesellschaftspolitischen Wandel ausgerichtet, erscheint partizipative Gesundheitsforschung in der Darstellung der *International Collaboration for Participatory Health Research* (ICPHR, 2013): »PHR is action

research, engaging people in making change for the better, for example, by finding ways to make neighborhoods safer, helping health professionals to know what patients need, and empowering citizens to take political action to improve their living conditions.« (S. 1f.) Beide Definitionen erkennen die Notwendigkeit der Ausrichtung partizipativer Forschung auf die Bedürfnisse beteiligter Gruppen bzw. Personen an und zielen darauf ab, das spezifische Wissen Co-Forschender zu erschließen und sie in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken, sie zu empower. Der instrumentelle Wert von Partizipation in Forschung und Technologieentwicklung stellt darauf ab, dass Betroffene (seien es Patient:innen, Gesundheitsfachkräfte oder künftige Nutzer:innen einer Technologie), die sonst womöglich nicht gehört werden würden, über relevante Expertise oder Fähigkeiten verfügen, die für eine bessere Qualität für das jeweilige Vorhaben erschlossen werden sollten. Dieser instrumentelle Wert ist von großer Relevanz für viele konkrete partizipative Forschungsprojekte. Ziele und Transformationsanspruch gerechtigkeitsorientierter partizipativer Forschung wie z.B. der PAR richten sich darüber hinaus auch auf emanzipatorischen gesellschaftlichen Wandel und die Bekämpfung struktureller Ursachen von Marginalisierung (vgl. Cornish et al., 2023; Maguire, 2016).¹⁰ Partizipation soll zur Schaffung gerechterer und insbesondere für Benachteiligte besserer Verhältnisse, und zur Demokratisierung beitragen, indem sie gesellschaftspolitische Veränderungen anstößt und allen Mitgliedern einer Gemeinschaft Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet. In den Worten der feministischen Aktionsforscherin Patricia Maguire (2016 [1987]): »The purpose of participatory research is not merely to describe and interpret social reality, but to radically change it [... und zwar] ›with‹ rather than ›for‹ oppressed people. Participatory research places human self-determination, emancipation, and personal and social transformation as the central goals of social science« (S. 417).

Dieser radikale Transformationsanspruch wirft natürlich schwierige Fragen auf, bspw. nach dem genauen Verständnis und der Reichweite des Anspruchs, durch partizipative Forschung zu gesellschaftlichem Wandel beizutragen oder danach, wie gerechtere, bessere Verhältnisse vorzustellen, wessen Zukunftsentwürfe auf Grund welcher Kriterien gutzuheißen wären und von wem. Des Weiteren ist die Rolle und potenzielle Wirkmächtigkeit von partizipativer Forschung in gesellschaftlichen Transformationsprozessen schwer zu bestimmen. Aufschlussreich für diese Fragen ist Erin Davis' und Cathy Vaughan's (2018) Unterscheidung dreier Ebenen bzw. Formen von Handlungswirksamkeit und sozialem Wandel (»action and social change«) durch partizipative Forschung:

- »1) transformative individual or group level change;
- 2) social action arising from individual and group level change; and
- 3) broader social change at systemic and structural levels« (S. 183).¹¹

10 Vgl. Cornish et al. 2023, S. 2: »We consider PAR an emancipatory form of scholarship. Emancipatory scholarship is driven by interest in tackling injustices and building futures supportive of human thriving, rather than objectivity and neutrality« (S. 2).

11 Ähnlich auch Maguire (2016), die drei Arten von angestrebtem Wandel angibt: »development of critical consciousness of both researcher and participants; improvement of the lives of those in-

Dabei reichen den Autorinnen zufolge mögliche durch partizipative Forschung angestoßene Veränderungen von gestiegenem Selbstvertrauen, dem Aufbau von Fähigkeiten und Netzwerken für gemeinsames Handeln, bspw. zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Communities, über die Entwicklung geteilter Vorstellungen einer besseren Zukunft bis hin zu einem grundlegenden sozialen Wandel, der eine Umverteilung von Macht, Ressourcen, einen Wandel von Kultur, Gesetzgebung und gesellschaftlichen Verhältnissen betrifft. Davis und Vaughan (2018) betonen, dass partizipativ Forschende zwar viele Möglichkeiten solidarischen Handelns mit Communities hätten,¹² ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel aber nicht von Forschungsbeteiligten allein geleistet werden könne, sondern einer Vielzahl an weiteren Akteuren in unterschiedlichen Kontexten bedürfe: »Participatory research is just one contributor alongside activist campaigning, political reform, legislative change and other movements seeking to redress inequality« (S. 185).

Demokratisierung, Empowerment und gesellschaftliche Transformation mögen als Ziele partizipativer Forschung als zu anspruchsvoll oder gar als moralische Überforderung erscheinen und es in vielen Kontexten konkreter Projektarbeit unter ohnehin schon schwierigen Bedingungen in einem nicht auf Partizipation angelegten Wissenschafts- und Gesellschaftssystem auch sein. Jedoch umreißen sie recht prägnant das ethische Kernanliegen von Partizipation, das, was diese Idee so wirkmächtig und attraktiv macht und auch in Bereiche ausstrahlt, in denen sich im Namen von Partizipation mit sehr viel geringeren Ambitionen beschieden oder gar nur Pseudo-Partizipation betrieben wird. Zudem befassen sich Partizipationsprojekte, insbesondere im Kontext von PAR, häufig mit von Ausgrenzung, Unterdrückung oder Ausbeutung betroffenen Gruppen, was dringliche Fragen hinsichtlich des Gegenstands und der Grenzen moralisch vertretbaren bzw. gebotenen partizipativen Forschungshandelns aufwirft: Was »schulden« Forschende beteiligten Gruppen, insbesondere, wenn sie benachteiligt sind? Wie lässt sich ein Extraktivismus, also ihre einseitige Einbeziehung zur Gewinnung von Daten und Materialien zu Forschungszwecken, vermeiden? Inwieweit sollten sich Forschende über ihren Forschungsbereich hinaus für beteiligte Communities bzw. Co-Forschende engagieren? Wie ließe sich ein Nutzen für diese erzielen, zur Verbesserung ihrer Situation beitragen (vgl. Adams et al. in diesem Band)? Inwieweit sollten Forschende auch strukturelle und politische Missstände adressieren und zu ändern versuchen? Eine Konzentration auf konkrete Forschungsprozesse und -ergebnisse im engeren Sinne, wie z.B. Publikationen, der Fokus auf das forschungsethische Prinzip der Schadensvermeidung unter Vernachlässigung des Prinzips des Wohltuns (Manzo & Brightbill, 2007) und eine klare

volved in the research process; and transformation of fundamental societal structures and relationships« (S. 418).

- 12 »While action in solidarity may include academic outputs such as publications, public speaking, and networking, there are certainly other actions that participatory researchers could perform as a matter of sharing the responsibility for progressing social change goals with community partners. For example, this may include: offering support and resources for individual/group-led social action; providing platforms through which community voices can be heard; applying for further funding to help sustain momentum for action and change; and advocating to policy-makers, legislators and other power-holders.« (Davis & Vaughan, 2018, S. 189).

Abgrenzung gegenüber gesellschaftspolitischem Engagement ist eine verbreitete Strategie, mit diesen und weiteren Herausforderungen umzugehen bzw. sie zu umgehen. Sie ist zwar mit Blick auf i. d. R. eng begrenzte Projektförderungen und eine in Academia verbreitete ablehnende Haltung gegenüber Aktivismus nachvollziehbar, mitunter womöglich erforderlich. Insbesondere bei Forschungsprojekten mit Marginalisierten, von Ausbeutung oder Armut Betroffenen erscheint eine solche Haltung und Akzeptanz des status quo jedoch fragwürdig bis nicht vertretbar. So argumentieren bspw. Manzo und Brightbill (2007), dass es unethisch sei und dem Anspruch der PAR, zu sozialer Gerechtigkeit beizutragen, nicht genüge, wenn partizipativ Forschende sich auf Schadensvermeidung und formal korrekte Forschung beschränkten und das Prinzip des Wohltuns vernachlässigten: »Indeed, a PAR inspired understanding of social justice suggests that it is in fact unethical to look in on circumstances of pain and poverty and yet do nothing« (S. 35). In ähnlicher Stoßrichtung fordern Davis und Vaughan (2018) partizipativ Forschende zu einer Reflexion ihrer Motivation auf: »for what purpose are we seeking to understand the pain of those who suffer the social and health disadvantages of oppression, if not to join in solidarity with them and do something about it?« (S. 188).

Auch die Ethik ist mit diesen Fragen konfrontiert, einschließlich der nach ihrer eigenen gesellschaftspolitischen Rolle und ihren Möglichkeiten, zu gesellschaftlichem Wandel beizutragen. Sie werden jedoch im ethischen Diskurs zu partizipativer Forschung nur unzureichend thematisiert, wie auch die gesellschaftspolitischen Ziele partizipativer Forschung darin wenig Resonanz finden und selten auf ihre Bedeutung für Theorie und Praxis partizipativer Forschung und ihrer ethischen Reflexion hin befragt werden. Das Modell sozialen Wandels, das in der Ethik vorherrscht, ist oft ein lineares und individualistisches, das weitgehend demjenigen der wissenschaftszentrierten partizipativen Forschung entspricht. Gesellschaftlicher Nutzen und Wandel wird zwar auch in der wissenschaftszentrierten Tradition partizipativer Forschung für wichtig erachtet, aber i. d. R. so konzipiert, dass die gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse individuelles Verhalten und politische Regulierung informieren und dadurch verbessern können (vgl. Ottinger, 2017, S. 352). Einblicke in und direkte Erfahrung mit wissenschaftlicher Forschung soll bspw. umweltbewusstes Verhalten und die Akzeptanz politischer Maßnahmen steigern (Ottinger, 2017). Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in wissenschaftliche Projekte gilt dementsprechend als geeignetes Mittel zur Wissenschaftskommunikation, wobei implizit von einem »deficit model« (Irwin & Wynne, 1996), einem defizitären Wissenschaftsverständnis der Öffentlichkeit ausgegangen wird, das durch ihre Einbindung in Forschungsprojekte verbessert werden könne. Dadurch wird vorhandenes Wissen, das möglicherweise nicht wissenschaftlichen Standards entsprechend artikuliert wird, unterschätzt und unzureichend integriert (Ottinger, 2017). Wissenschaftliche Methoden und Standards zu hinterfragen, ihre Limitationen aufzuzeigen und nach Möglichkeit zu überwinden, spielt in der wissenschaftszentrierten Tradition, im Gegensatz zur gerechtigkeitsorientierten, kaum eine Rolle. Ebenso fehlt es an Bewusstsein für Formen gesellschaftlicher Veränderung, die nicht linear über wissenschaftliche Information, Bewusstseinsbildung und darauffolgende Veränderung von Verhalten und Regulierung laufen, sondern bspw. über veränderte soziale Praktiken und Kämpfe, die dafür erforderliche kritische Wissensproduktion sowie die von Davis und Vaughan (2018) genannten und oben dargestellten Elemente. Das lineare und individuelle Modell greift

hingegen in vielerlei Hinsicht zu kurz, gleichwohl bestimmt es Diskurs, Förderpolitik und Definitionen von Partizipation (Ottinger, 2017) und herrscht auch in der Ethik vor.

Gegenstand und Grenzen einer Ethik der Partizipation

Ein Blick in die ethische Debatte zu partizipativer Gesundheitsforschung zeigt, dass partizipative Forschung nicht nur häufig ethisch motiviert ist, sondern auf Grund ihrer Charakteristika auch spezifische ethische Fragen und Dilemmata aufwirft und forschungsethische Prinzipien und Institutionen an ihre Grenzen bringt: »Traditional concerns in research ethics about respect for rights to confidentiality, consent, privacy and protection of research ›subjects‹ or informants do not translate easily into PR,¹³ where boundaries between researcher and researched may be unclear, the research trajectory may be emergent and unpredictable, and major ethical issues revolve around partnership, power, equality and respect for diverse knowledges.« (Banks & Brydon-Miller, 2018, S. 2) Auf Grund dieser Herausforderungen, für die partizipativ Forschende in ihren Projekten Lösungen finden müssen, spielen prozedurale Fragen und Evaluationskriterien sowie Aspekte der verantwortungsvollen Ausgestaltung partizipativer Forschung eine zentrale Rolle im ethischen Diskurs. Analytisch lassen sich darin forschungsethische und care-ethische Ansätze unterscheiden, die meist verbunden auftreten. In stärker forschungsethisch ausgerichteten Beiträgen (vgl. Anderson, 2023) wird versucht, forschungsethische Prinzipien und Institutionen weiterzuentwickeln, um den Schutz von Forschungsteilnehmenden und die Ausrichtung der Forschung auf ihre Bedürfnisse sicherzustellen,¹⁴ bspw. indem dem offeneren Forschungsprozess angemessene Formen der Einwilligung entwickelt werden oder das Prinzip des Wohltuns für PAR ausbuchstabiert wird (Manzo & Brightbill, 2007). Im Sinne care-ethischer Ansätze und Ansprüche¹⁵ gilt es, die im Vergleich zu nicht partizipativer Forschung weit- aus komplexeren Beziehungen zwischen den Beteiligten verantwortungsvoll(er) und als Sorge-Beziehungen auszugestalten. Wichtige Schritte in diese Richtung wurden bspw. von Sarah Banks und Mary Brydon-Miller (2018) mit ihrem als ›bottom-up‹ gekennzeichneten Ethik-Framework unternommen, das die Realität und Werte partizipativer

13 PR = participatory research

14 Für Community-basierte partizipative Forschung siehe CSJCA & NCCPE, (2022). Vgl. Auch Manzo & Brightbill (2007) zur erweiterten accountability in partizipativer Forschung: »Because participatory researchers engage in collaborative projects as a means to building valid knowledge and fostering positive social change, they have multiple responsibilities and are also accountable (arguably primarily) to their participants, partners and the communities with which they work. In addition to formal ethical review, these stakeholders will decide whether the research is ethically sound, valid and worth doing.« (S. 37)

15 Vgl. Cahill et al., 2007: »Central to participatory ethics, too, is a presumption of engaged scholarship, of doing research informed by an ›ethic of care‹ in its most profound sense as a deep respect for relationships and humanity« (S. 306) sowie »the prioritization and value of relationships, and the alliances which emerge in participatory research – as opposed to the brief functional research encounters of many approaches – are what differentiate participatory research, and characterize it as both ethically challenging and rewarding.« (S. 309) (Vgl. auch den Beitrag von von Köppen in diesem Band)

Gesundheitsforschung widerspiegeln soll. Es bietet insbesondere ethische Orientierung im konkreten Forschungsprozess und dessen Ausgestaltung und zielt auf die Befähigung partizipativ Forschender zum Aufbau guter, sorgender Forschungsbeziehungen und zu moralisch richtigem, der jeweiligen Situation angemessenem Handeln ab.¹⁶ Zu den spezifischen ethischen Herausforderungen von PAR zählen Cornish und Kolleg:innen (2023) insbesondere Mitgestaltungsmöglichkeiten und den Nutzen der Forschung für alle Beteiligten sicherzustellen: »to attend to the ethical practices of cultivating trusting and reciprocal relationships with participants and ensuring that the organizations, communities and persons involved co-govern and benefit from the project.« (S. 8) Mit ähnlicher Zielsetzung bringen Davis und Vaughan (2018) die Prinzipien der Reflexivität und Solidarität ins Spiel.¹⁷ Diese sollen Forschende dazu anhalten, ihre eigene Position und Machtverhältnisse zu reflektieren, geeignete Umgangsformen mit den damit verbundenen und weiteren Herausforderungen partizipativer Forschung zu entwickeln und die Anliegen von Beteiligten und Communities zu berücksichtigen, statt sie ihren Forschungsinteressen nachzustellen. Den am Forschungsprozess Beteiligten wird zudem eine zentrale Rolle bei der Identifikation ethischer Probleme und der Bewertung der Forschung zugewiesen (Anderson, 2023) sowie der Bestimmung davon, was als »Nutzen« für Forschungsbeteiligte oder Communities bzw. als »making a ›positive difference« (Centre for Social Justice and Community Action, 2022, S. 11) anzusehen ist. Caitlin Cahill und Kolleg:innen (2023) stellen auch Debatten darüber, was partizipative Ethik sein könnte, als Aushandlungsprozess¹⁸ dar, der die Anliegen der Beteiligten ins Zentrum stellen soll. Ethische Ansprüche und Orientierung sind aus dieser Perspektive nicht etwas, das von außen an partizipative Forschung herangetragen wird, sondern im Forschungsprozess geformt, gestaltet und kritisch reflektiert werden muss.

Diese Prozessoffenheit und Partizipation auch an ethischen Maßstäben sowie die Auseinandersetzung mit konkreten forschungsethischen Herausforderungen und care-ethischen Anforderungen partizipativer Forschung sind essenziell, decken jedoch nicht das gesamte Spektrum an möglichen Gegenständen einer Ethik der Partizipation ab. Verstärkter ethischer Aufmerksamkeit bedürfen auch Rahmenbedingungen und strukturelle Probleme, die Realisierungsmöglichkeiten partizipativer Forschung einschränken sowie das für die gerechtigkeitsorientierte Tradition partizipativer Forschung zentrale Ziel zu einem progressiven gesellschaftlichen Wandel beizutragen. Eine Auseinandersetzung darüber, wie eine gerechtigkeitsorientierte Transformation von Wissenschaft und Gesellschaft unter ethischem Anspruch mitgestaltet werden könnte, welche epistemischen, pragmatischen und normativen Probleme dabei zu lösen sind und welche Zukunftsvisionen und Vorstellungen vom *common good* dabei leitend sein könnten

16 »This acknowledges the need to cultivate researchers with skills of good communication and relationship building, moral qualities of trustworthiness, honesty and care, and commitment to dialogue based on the nuances of the particular situations and people they encounter.« (Banks & Brydon-Miller, 2018, S. 8)

17 Vgl. der Vorschlag von Davis & Vaughan (2018, S. 182) eines »ethical framework of reflexivity and solidarity to guide researchers and community members in maximising possibilities for action and contribution to social change.«

18 »an emergent process of negotiating research ethics with participants based on their concerns« (Cahill et al., 2023, S. 307).

bzw. in der gerechtigkeitsorientierten Tradition partizipativer Forschung angelegt sind, sollte im ethischen Partizipationsdiskurs eine größere Rolle spielen. In welcher Gesellschaft wollen wir leben und welche Wissenschaft braucht es für deren Bildung und Florieren? Entsprechende Fragen sind Grundfragen der Ethik – wie sie auch im Leitfaden für ethische Prinzipien und Praktiken community-basierter partizipativer Forschung definiert wird¹⁹ – und sollten auch in einer Ethik der Partizipation (wieder) mehr Raum bekommen. Wissenschaft und Gesellschaft werden jedoch in ihrer gegenwärtigen Verfassung in ethischen Beiträgen zu partizipativer Forschung kaum infrage gestellt. Es werden i. d. R. weder gesellschaftliche Verhältnisse noch Zukunftsvisionen eingehender thematisiert und selten Kritik an Methoden und Limitationen wissenschaftlicher Wissensproduktion geübt. Die meisten Beiträge diskutieren weitgehend forschungsimmanent und gehen kaum über den Anspruch, dass die Forschung allen Beteiligten nutzen müsse und ggf. einen nicht näher bestimmten sozialen Wandel, hinaus.

Limitationen und Gefahren der Vereinnahmung von Partizipation

Ob nun mit dem sozialrevolutionären (bzw. -reformerischen) Ziel, gesellschaftliche Transformationsprozesse anzustoßen oder mit dem bescheideneren Anliegen, Forschungsprozesse fairer, transparenter und für Beteiligte nützlicher zu gestalten: Partizipation erscheint auf die ein oder andere Weise als gut, als produktive Forschungsmethode, als Mittel der Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse bis hin zur Demokratisierung der Wissenschaft (Irwin, 1995; Frith, 2023 für den Kontext der Gesundheitsforschung, siehe auch Schickhardt et al. in diesem Band) oder anderer gesellschaftlicher Teilbereiche. Das transformative Potenzial und die hohen ethischen Ansprüche partizipativer Forschung werden jedoch oft nicht eingelöst, wie Sarah Banks und Mary Brydon-Miller (2018) festhalten: »despite the fine rhetoric of social justice in academic texts and practice manifestos, it is important to stress that the extent to which PR adopts genuine power-sharing models or seeks to challenge radically the structures that embed poverty and inequality in societies varies enormously.« (S. 4f.) Sozial- und politikwissenschaftliche Kritik der letzten Jahrzehnte zeigt, dass partizipative Projekte ethische Ansprüche mitunter konterkarieren und bestehende Hierarchien und Ausschlüsse reproduzieren können (vgl. Braun & Könninger, 2018; Chilvers & Kearnes, 2015a; Cooke & Kothari, 2001; Delvenne & Macq, 2020). Partizipation in unterschiedlichsten Forschungs- und Entwicklungskontexten wird zudem i.d.R. eng begrenzt von Faktoren wie bspw. der Projektbindung und damit verbundener Einschränkungen an Zeit, Mitteln, Kontinuität der Forschung etc. in einem nicht auf Partizipation angelegten Wissenschaftssystem (Felt et al., 2013; Braun & Könninger, 2018) und in von Ungleichheit, Ausschlüssen und mangelnder Teilhabe gekennzeichneten Gesellschaften. Die

19 »Ethics is a topic that covers questions relating to what kinds of lives we lead, what counts as a good society, what actions are right and wrong, what qualities of character we should develop and what responsibilities humans have for each other and the ecosystem.« (CSJCA & NCCPE, 2022, S. 6) Im Folgenden werden diese Fragen aber kaum berücksichtigt, sondern v.a. konkrete forschungs- und beziehungsethische Herausforderungen partizipativer Forschung behandelt.

Bedingungen gegenwärtiger wissenschaftlicher Wissensproduktion können im Rahmen dieses Beitrags nicht rekonstruiert werden, stehen partizipativer Forschung jedoch eher im Weg, als dass sie sie begünstigen. Sie sind in Deutschland (und darüber hinaus) bekanntermaßen gekennzeichnet von Unterfinanzierung, einer Stellenstruktur, die von existenziellen Unsicherheiten, hoher Fluktuation und Abhängigkeiten geprägt ist (zumindest unterhalb der Professur, Vgl. Bahr et al., 2022) und partizipationsfeindlichen Kriterien für Karrierebildung (vgl. Felt et al., 2013). So sind z.B. Partizipationserfahrungen für wissenschaftliche Karrierewege weitgehend irrelevant, wenn nicht gar hinderlich, da sie zeitintensiv sind und so möglicherweise in weniger Publikationen in hochrangigen Journals resultieren.

In gegenwärtigen neoliberalen Gesellschaften unterliegt auch die Wissenschaft Zwängen der Ökonomisierung und Fehlanreizen, die auch der Vereinnahmung partizipativer Forschung für ökonomische oder politische Zwecke Vorschub leisten. So stellte bspw. Barbara Prainsack (2014) in Bezug auf partizipative Medizin fest, dass sie gekennzeichnet sei von einer Spannung »between the rhetoric of patient empowerment on the one hand, and the vested interests of powerful commercial actors on the other« (S. 1). Darüber hinaus kann Partizipation, entgegen ihres Anspruchs, bestehende Ungleichheiten verstärken statt sie zu überwinden. Die Gefahr der Vereinnahmung von Partizipation, um Ungerechtigkeit und Machtmissbrauch zu perpetuieren oder gar zu vertiefen, wurde prominent als »Tyrannei der Partizipation« (Cooke & Kothari, 2001) bezeichnet, an der auch eine unzureichend machtkritische und idealisierende Befürwortung von Partizipation ihren Anteil habe.²⁰ In Bezug auf Partizipation im Kontext von Environmental Sustainability warnen auch Turnhout und Kolleg:innen (2020, S. 15) vor paradoxen Effekten partizipativer Interventionen, die bestehende Probleme und ungleiche Machtverhältnisse vertiefen können, statt sie zu lösen, und dabei durch den partizipativen Prozess noch legitimiert werden. Nicht einmal PAR kann von diesen Fehlentwicklungen ausgenommen werden; Cornish und Kolleg:innen (2023, S. 10) zählen zu zentralen Herausforderungen von PAR neben unzureichender Forschungsinfrastruktur und Ungleichheiten im Zugang zu Macht und Kontrolle auch die Gefahr ihrer Kooptierung und Idealisierung.²¹

20 Der Klappentext des Buches von Cooke & Kothari (2001) bringt die genannten Probleme auf den Punkt: »This book is about participatory development's potential for tyranny, showing how it can lead to the unjust and illegitimate exercise of power. It is the first book-length treatment to address the gulf between the almost universally fashionable rhetoric of participation, which promises empowerment and appropriate development on the one hand, and what actually happens when consultants and activists promote and practise participatory development, on the other. ... The book also challenges participatory practitioners and theorists to reassess their own role in promoting a set of practices which are at best naive about questions of power, and at worst serve systematically to reinforce, rather than overthrow, existing inequalities.«

21 »We also caution against scholars idealizing PAR as an ideal, egalitarian, inclusive or perfect process. The term 'participation' has become a policy buzzword, invoked in a vaguely positive way to strengthen an organization's case that they have listened to people. It can equally be used by researchers to claim a moral high ground without disrupting power relations.« (Cornish et al. 2023, S. 10) Dagegen hilft den Autor:innen zufolge v.a. die Schaffung von kritischen Netzwerken und einer Umgebung, die partizipativ Forschende an ihre Prinzipien und Pflichten erinnert und an diesen misst und so ein Gegengewicht zu institutionellem Druck aufbaut.

Oft fehlt es an realer Gestaltungsmacht für Partizipierende, sowohl innerhalb als auch mittels eines Projekts. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang bspw., dass ein Großteil der partizipativen Projekte im Rahmen von science governance ›partizipative Übungen‹ seien statt einen tatsächlichen Einfluss auf Wissenschafts-Governance zu ermöglichen (Braun & Könniger, 2018). Hinter der schillernden Fassade des Teilhabe, Demokratisierung, Empowerment und Gerechtigkeit versprechenden Partizipationskonzepts können zudem ganz andere private oder staatliche Interessen verfolgt werden. So wurde bspw. im Rahmen von partizipativen Veranstaltungen wie ›Hackathons‹ und ›Living Labs‹ ein Trend der »Beschleunigung und Intensivierung« partizipativer Projekte und ihre Ausrichtung auf die »Maximierung quantitativ gemessenen Outputs« (Delvenne und Macq, 2020, S. 262, Übersetzung AP) beobachtet. Dies gehe mit einer Verschiebung von Demokratisierungsansprüchen hin zu extraktivistischen, ökonomischen Wert fokussierenden Anliegen einher. Der beobachtete »gradual shift from civic values (an appeal to democratic ideals) to productivist values (a utilitarian vision of participation that serves to produce primarily economic value)« (Delvenne & Macq, 2020, S. 263) sollte gerade in einer Ethik der Partizipation Alarm auslösen, zeigt er doch eine Abkehr vom Anliegen der Teilhabe und gerechtigkeits- und gemeinwohlorientierten Transformation zugunsten partikulare Interessen verfolgenden unternehmerischen oder staatlichen Handelns.²² Derartige Vereinnahmungsversuche von partizipativen Formaten zur Legitimierung vorab feststehender Governance-Entscheidungen, zur Extraktion von ökonomisch verwertbarem Wissen oder für Marketingzwecke kommerzieller Akteure²³ verwerfen nicht nur wirkliche Partizipationsmöglichkeiten und deren ethische Ziele, sie missbrauchen Idee und Ideal von Partizipation für damit unvereinbare Zwecke. Erschwerend kommt hinzu, dass mit öffentlichkeitswirksam inszenierten Partizipationsprozessen auch weniger sichtbare Prozesse der Schließung bzw. der Abschottung von Machtzentren und der Einschränkung von politischen Einflussmöglichkeiten für eine breitere Bevölkerung einhergehen, wie Jason Chilvers und Matthew Kearnes (2015a) in Bezug auf Wissenschafts-Governance herausarbeiten: »The paradox of this turn in contemporary science governance is that while institutions present themselves as more open and responsive to direct public participation, powerful

22 »This shifting paradigm indicates a relative abandonment of concerns related to democratization, as well as a radical redefinition of what is political in participatory experiments. Publics are expected to act as innovators and entrepreneurs and the common good is redefined accordingly.« (Delvenne & Macq, 2020, S. 262) Einen vergleichbaren Rollenwandel von Partizipation beobachtete Alexander Bogner innerhalb der Technikfolgenabschätzung, in der sie heutzutage v.a. als »methodischer Werkzeugkasten« wahrgenommen werde: »An die Stelle der weitreichenden Erwartung demokratischer Legitimationsgewinne trat die Hoffnung auf konkrete Rationalitätsgewinne, also auf eine Erweiterung des Spektrums berücksichtigenswerter Werthaltungen, Interessen und Erfahrungen im Innovationsprozess.« (Bogner, 2021, S. 52)

23 Vgl. Delvenne & Macq, 2020: »contemporary participatory experiments, in their diverse forms, are primarily directed toward extracting value from participants for instrumental use: political aggregation for comparative purposes among the constructed European 'public' (EWVs), marketing of user-informed innovations (LL), or early and rapid marketing of innovations (LL, CoW). [...] the aim of democratizing expertise seems much less relevant than that of creating economic value. Our empirical findings suggest that participation is intended to foster innovation and is submitted to a broader political agenda of competitiveness and the knowledge economy.« (S. 263)

and largely obscured underlying dynamics of closure – not least through driving forces of neo-liberalization, globalization and science-led progress – mean that participating publics have never been more removed from the centres of power and calculation.» (S. 7)

Mit Blick auf die genannten Probleme erscheint die Idee der Partizipation durchaus vom Eingangsszenario des Ideensterbens bedroht. Es steht zu befürchten, dass ihre Ankunft im Mainstream und ihre Anpassung an problematische Kontexte, die es in ihrem Sinne eigentlich zu ändern gälte, zu einer konzeptuellen Entleerung bzw. Verflachung der Idee von Partizipation führen könnte, sodass ihr transformatives Potenzial nicht mehr sichtbar, geschweige denn realisierbar ist oder, schlimmer noch, dass der mit Partizipation verbundene Anspruch und Anschein der Demokratisierung Prozesse der Instrumentalisierung und Machtausübung verdeckt. Dies auszublenden und Partizipation auf Basis eines idealisierten Wissenschaftsbildes zu fordern, erscheint naiv und schädlich. Dadurch können überzogene Erwartungen geweckt, über Unzulänglichkeiten und Probleme hinweggetäuscht und verfehlte Investitionen und Strategien ergriffen werden. Auch das in der gerechtigkeitsorientierten Partizipationstradition zentrale Anliegen eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels wird so ausgeblendet und nicht in Angriff genommen. Durch die Diskrepanz zwischen hohen Erwartungen an Partizipation einerseits, deren Umsetzung in Form von kleinteiligen, i. d. R. unzureichend ausgestatteten Projekten sowie Fehlentwicklungen wie Scheinpartizipation oder ihren Einsatz für verdeckte wirtschaftliche oder politische Zwecke andererseits, besteht die Gefahr, dass sich künftig wieder von Partizipation abgewendet oder gar das ganze Anliegen diskreditiert wird und der derzeit verbreitete Enthusiasmus zusammen mit der (Unter-)finanzierung wieder verschwindet. Die – nur durch übermäßiges Engagement Einzelner gegen unzählige Widerstände ermöglichten – Ergebnisse partizipativer Forschung könnten womöglich trotz ihres hohen Wertes nicht ausreichen, das Potenzial von Partizipation in Forschung und Technologieentwicklung zu vermitteln, das weit über das hinausgeht, was im Rahmen gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse und Organisation des Wissenschaftssystems realisierbar ist. Angesichts dieser ernüchternden Limitationen und Gefahren der realen Partizipationslandschaft, die in der ethischen Diskussion zu Partizipation bislang wenig thematisiert werden, fragt sich, ob weitere Rufe nach Partizipation und das Schüren von Hoffnung auf Demokratisierung durch Partizipation womöglich mehr schaden als nutzen. Sind Forderungen nach mehr Partizipation unter den gegebenen Umständen womöglich gar unethisch?

Welche Wissenschaft für welche Gesellschaft?

Wenn die vorhandenen Bedingungen oft nicht ausreichen, um Partizipation in ethisch anspruchsvollem Sinn umzusetzen, kann man das ganze Anliegen hinterfragen, begrenzen oder sehr eng begrenzen. Letzteres geschieht bspw. in Form der Beschränkung auf rein wissenschaftszentrierte Partizipationsprojekte wie sie von Gwen Ottinger (2017) als vorherrschend beschrieben wurden. Eine Einhegung und wissenschaftsseitige Kontrolle von Partizipation in der Forschung wird auch von vielen Wissenschaftsverbänden befürwortet wie bspw. das Statement der Allianz der Wissenschaftsorganisationen von 2022 zeigt. Auch der verbreitete Einsatz von ›technologies of participation‹, also

bestimmter Muster kontrollierten Engagements von ausgewählten (als unparteiisch und wohlinformiert konstruierten) Öffentlichkeiten (Gottweis, 2008; Soneryd, 2015) beschränkt Partizipationsmöglichkeiten und schließt viele, insbesondere weniger kontrollierbare, Formen von Partizipation aus.²⁴ Statt gesellschaftskritische Ansprüche an Gerechtigkeit und Demokratisierung einzuhegen oder gar aufzugeben, wäre hingegen zu fragen, wie sich gegenwärtige Verhältnisse und Institutionen ändern und Menschen befähigen lassen, um die Bedingungen für gelingende Partizipation sowie für eine bessere, bedürfnisorientierte und gerechtere Wissenschaft und Gesellschaft auf lange Sicht zu schaffen. Das mag utopisch klingen, hat aber sicherlich mehr Potenzial als ein Pseudorealismus, der Partizipation in der Forschung ablehnt oder auf bestimmte, streng kontrollierte und wissenschaftszentrierte Formate innerhalb unhinterfragter Forschungsparadigmen begrenzt. Mit Blick auf die Ziele der gerechtigkeitsorientierten Partizipationstradition und auch angesichts enormer gesellschaftlicher Herausforderungen in Zeiten multipler Krisen sind dies keine vertretbaren Optionen. Partizipation zu (re-)imaginieren, andere Formen zu entwickeln oder bspw. soziale Bewegungen bei wissenschaftlichen Vorhaben stärker zu unterstützen und v.a. an der Verbesserung der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen für gerechtigkeitsorientierte Partizipation zu arbeiten, ist ein ethisch-politisches Anliegen, das nicht vergessen oder von Marktinteressen vereinnahmt und entkernt werden darf.

Wesentlich ist dabei auch das Verhältnis von Wissenschaft und Politik und die Rolle von Partizipation in beiden zu reflektieren. Partizipation wird grundlegend definiert als Teilhabe an »der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten«.²⁵ Die größtmögliche Partizipation aller Mitglieder einer Gemeinschaft an politischen Prozessen ist ein zentrales normatives Ideal in den Demokratietheorien von Rousseau, John Stuart Mill und G.D.H. Cole, wie Carole Pateman (1970) in ihrem klassischen Werk zu Partizipation und Demokratietheorie herausgearbeitet hat. Darin wird der Begriff des Politischen nicht begrenzt auf im engeren Sinne politische Institutionen wie Parlamente und Handlungen gewählter Vertreter:innen, sondern ein weiter Begriff des Politischen als alle gesellschaftlichen Strukturen und Handlungssphären durchziehend zu Grunde gelegt: »Society can be seen as being composed of various political systems, the structure of authority of which has an important effect on the psychological qualities and attitudes of the individuals who interact with them; thus, for the operation of a democratic polity at national level, the necessary qualities in individuals can only be developed through the democratisation of authority structures in all political systems« (Pateman, 1970, S. 35). Dies schließt auch die Wissenschaft ein, die sich nicht als unpolitischer Raum konzipieren und von der Gesellschaft trennen lässt (vgl. Chilvers & Kearnes, 2015c). Demokratische Prozesse sind Pateman zufolge zudem höchst anspruchsvoll und müssen in konkreten Settings wie bspw. der Arbeitswelt erlernt und eingeübt werden. Durch eine

24 Vgl. »Oftentimes, public participation is equated with forms of invited participation in special, managed participatory events, whereas a broad concept of participation, as we advocate here, includes a range of civic efforts to problematize, shape, direct or influence the way issues involving science and technology are governed.« (Braun & Könniger, 2018, 3)

25 Politlexikon der Bundeszentrale für politische Bildung, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17998/partizipation/> [letzter Zugriff 07.10.2024]

partizipative Organisation von Betrieben in der Industrie können Menschen zur Teilhabe an demokratischen Prozessen auch in anderen Kontexten wie den Parlamenten befähigt werden, da sie bspw. als Betriebsräte durch konkrete Verantwortungsübernahme in partizipativen Verfahren politische Fähigkeiten und demokratische Einstellungen zu entwickeln vermögen. Partizipation kommt also ganz zentral eine Bildungsfunktion zu: »The major function of participation in the theory of participatory democracy is therefore an educative one, educative in very widest sense, including both the psychological aspect and the gaining of practice in democratic skills and procedures« (Pateman, 1970, S. 42).

Auch partizipative Forschung eröffnet Räume, in denen Formen demokratischer Beteiligung und Bewusstseinsbildung stattfinden und politische Handlungsfähigkeit und Teilhabe an der Wissensproduktion sowie epistemische und politische Tugenden erlernt werden können. Patricia Maguire (2016) beschrieb das edukative und radikal-demokratische Potenzial der Gemeinschaftsbildung, das in PAR angeregt und gestärkt werden und zur Erprobung neuer Formen gemeinschaftlichen solidarischen Handelns genutzt werden kann, folgendermaßen: »It is an educational process for the researcher and participants, who analyze the structural causes of named problems through collective discussion and interaction. Finally, it is a way for researchers and oppressed people to join in solidarity to take collective action, both short and long term, for radical social change.« (S. 418) Natürlich hinkt der Vergleich zur Wirtschaftsdemokratie ein wenig, schließlich unterscheidet sich die Arbeitswelt – als Ort an dem die meisten Menschen einen Großteil ihrer Zeit verbringen – doch beträchtlich vom Forschungskontext, wozu nicht in der Wissenschaft Tätige wenig Bezug haben, worin sie auch als Co-Forschende in partizipativen Forschungsprojekten nur zeitweilig einbezogen sind und wo oft sehr spezifische Kenntnisse und Qualitätsstandards erforderlich sind (vgl. Schickhardt et al. in diesem Band). Auch werden bei Forschungsprojekten i. d. R. keine politischen Strukturen wie Räte gebildet, selbst wenn beteiligte Bürger:innen oder Communities eine führende Rolle bei allen Forschungsaspekten, von der Definition der Fragestellung über die Entscheidung bzgl. der Methoden und einzubeziehenden Expertise bis hin zu Auswertung und Veröffentlichung von Daten und Ergebnissen der Forschung übernehmen. Teilhabe an (möglichst demokratisch organisierten Prozessen) der Wissensproduktion kann und soll gleichwohl wesentliche Fähigkeiten demokratischer Mitbestimmung vermitteln und ist zudem ein Anliegen epistemischer Gerechtigkeit (Fricker, 2007). Des Weiteren geht es partizipativer Forschung häufig um die Untersuchung konkreter Lebens- und Arbeitswelten, in denen die Betroffenen über Expertise verfügen und durch Beteiligung lernen können, diese einzubringen sowie eigenständig Forschungsfragen zu identifizieren und Methoden ihrer Bearbeitung zu entwickeln, die Methoden und Standards nicht-partizipativer Forschung herausfordern bzw. weiterentwickeln können (Ottinger 2017). Zudem erproben sie, wie insbesondere care-ethische Arbeiten und PAR betonen, neue Beziehungsformen, die zu kollektivem Handeln befähigen können, was zur Erlangung sozialpolitischer Ziele wesentlich ist. Diese werden, wie zuvor dargestellt, in der gerechtigkeitsorientierten Partizipationstradition gleichrangig mit, wenn nicht gar vorrangig gegenüber, epistemischen Zielen verfolgt (vgl. von Unger 2014). Die Mitgestaltung der Wissensgrundlage, auf die politisches und individuelles Handeln rekurriert, ist darüber hinaus politisch relevant. Wissenschaft und Technikentwicklung haben einen großen

Einfluss auf Lebensbedingungen, weitere Forschungsausrichtung sowie Spielraum und Denkhorizont politischen Handelns.

Daneben gibt es auch instrumentelle Gründe für partizipativ Forschende, sich für gesellschaftlichen Wandel einzusetzen, die daraus ersichtlich werden, dass die gegenwärtigen Verhältnisse der erfolgreichen Durchführung partizipativer Forschung enorme Hürden entgegenstellen. Es ist ein bekanntes Problem, dass gesellschaftliche Ausschlussmechanismen Möglichkeiten der Partizipation an Forschung, insbesondere für Marginalisierte, einschränken und viele Projekte an deren Überwindung scheitern. Eine Bekämpfung struktureller Wurzeln von Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit würde dazu beitragen, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für gelingende partizipative Forschung zu verbessern. Zudem haben selbst diejenigen, die zu den Privilegierten zählen, oft Schwierigkeiten in ihrem Leben Raum zu schaffen, um sich wirklich auf ein partizipatives Projekt einzulassen. Die meisten und entscheidenden Bereiche unseres Lebens (Arbeit, Wohnen, Bildung) sind nicht demokratisch organisiert und unserer Mitbestimmung entzogen. Fähigkeiten zur politischen Verantwortungsübernahme werden in der repräsentativen Demokratie bzw. einer nicht partizipativen Gesellschaft kaum gebraucht und verkümmern bzw. werden nur unzureichend ausgebildet und können so auch nicht in partizipative Forschung eingebracht werden.²⁶ Pragmatisch betrachtet dürfte eine Forschung, die innerhalb einer in vielen Bereichen partizipativen Gesellschaft agiert, mit weit weniger Hindernissen und Problemen konfrontiert sein, bessere Resultate erzielen und selbst zur Demokratisierung mehr beitragen können, da durch sie eröffnete Bildungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten auf viel fruchtbareren Boden fielen. Über konkreten partizipativen Forschungsprojekten und deren mannigfaltigen Herausforderungen – bspw. wenn die Schwierigkeiten der aktiven Einbeziehung marginalisierter Gruppen Forschenden kaum Raum und Zeit lassen, die strukturellen Ursachen ihrer Marginalisierung in den Blick zu nehmen und zu bekämpfen – sollte daher nicht das Desiderat übersehen werden, die Bedingungen für Partizipation in Wissenschaft und Gesellschaft zu verbessern. Eine tiefgreifende Umgestaltung von Wissenschaft und Gesellschaft ist mit Blick auf die Vielfachkrisen unserer Zeit, die auch ursprünglicher Grund für Rufe nach Partizipation waren, ohnehin schon lange überfällig.²⁷ Es liegt auch nahe, dass komplexe Probleme wie der Klimawandel oder der Biodiversitätsverlust, die ja immer auch von gesellschaftlichen Strukturen und Faktoren der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweise, gesellschaftlicher Macht- und Naturverhältnisse und der in diese eingelassenen zwischenmenschlichen Beziehungen mitbedingt sind, innerhalb der engen Grenzen einzelner wissenschaftlicher Disziplinen und unter Verzicht auf lebensweltliches Wissen nicht angemessen erfasst, geschweige denn bearbeitet oder gar gelöst werden können (Irwin, 1995).

Partizipation in der Forschung steht nicht nur vor großen Herausforderungen in einem nicht auf Teilhabe angelegten Wissenschafts- und Gesellschaftssystem, die Idee der

26 Natürlich gibt es verschiedenste Formen politischen Engagement und der Verantwortungsübernahme, die hier als Gegenbeispiele angeführt werden könnten.

27 In den 90er Jahren wurde v.a. durch die STS-Forschung unter dem Stichwort *citizen science* ein Bewusstsein für die Relevanz von Bürgerbeteiligung geschaffen (Vgl. Irwin, 1995), wobei mittlerweile angesichts der oben skizzierten Entwicklungen eine kritische Wende vollzogen wurde.

Partizipation fordert auch unser Verständnis von Wissenschaft und ihrem Verhältnis zur Gesellschaft heraus. Ein substanzieller Anspruch auf Partizipation in der Forschung erscheint jedoch befremdlich, wenn man an der hergebrachten Vorstellung von Wissenschaft als unpolitischem Streben nach Wahrheitsfindung festhält, dessen verfassungsrechtlich gesicherte Freiheit es gegen äußere Einflüsse zu schützen gelte. Nach wie vor ist eine idealisierte Auffassung von Wissenschaft und Technikentwicklung verbreitet, der zufolge nur eine gänzlich freie Wissenschaft der Gesellschaft zu Gute kommende Innovationen an Wissen und neuen Technologien generieren könne.²⁸ Wissenschaft erscheint in ethischen und gesellschaftlichen Diskursen zu Partizipation häufig als in sich abgeschlossener, von Politik getrennter Bereich (vgl. die Kritik von Chilvers & Kearnes, 2015c), der für andere Gruppen ein Stück weit geöffnet werden müsse und dadurch die wissenschaftliche Autonomie während demokratisiert werden könne. Auch wenn diese Vorstellung mit Blick auf die Einschränkungen von Wissenschaftsfreiheit in autoritären Gesellschaften eine gewisse Plausibilität erlangt, so führt sie doch in die Irre, da sie die mannigfaltigen Interdependenzen und Verflechtungen von Wissenschaft und Gesellschaft verdeckt und der kritischen Analyse und Reflexion entzieht. Ein solch hermetisches Verständnis der Wissenschaft kann mit Blick auf die Arbeiten der Science and Technology Studies,²⁹ insbesondere zu *co-production*,³⁰ als überholt gelten. Die vielfältigen Verflechtungen von Wissenschaft und Gesellschaft, von den sozialen Konstitutionsbedingungen und politischen Dimensionen wissenschaftlicher Forschung, über die Rolle wissenschaftlichen Wissens und technologischer Erzeugnisse in sozialen Praktiken, Vorstellungsbildern, Institutionen und Normen, bis hin zur gemeinsamen Entwicklung und wechselseitigen Formung von Wissenschaft und sozialen Verhältnissen, gilt es auch in partizipativer Forschung und Ethik zu berücksichtigen. Damit lässt sich die auf idealisierenden Wissenschaftsbildern basierende Kritik an Partizipation in der Forschung zurückweisen und aufzeigen, dass Partizipation letztlich ein integraler Bestandteil von Wissenschaft und Demokratie ist: »Rather than being separate from, bolted on, or instrumentally integrated into science and democracy, from a relational perspective participation has always been a crucial part of how science and democracies operate.« (Chilvers & Kearnes, 2020, S. 355)

28 Diese klingt bspw. aus dem Statement der Allianz der Wissenschaftsorganisationen (2022) heraus.

29 Partizipation an Forschung und Technologieentwicklung war und ist eines der Kernthemen der STS, ihre Ermöglichung wird von Sheila Jasanoff sogar als Aufgabe von STS dargestellt: »if democratic governance demands that the *demos* should have a role in building the technical basis for framing and resolving public problems, then what analytic resources does STS provide to facilitate such participation?« (Jasanoff, 2017, 259).

30 »Co-production is shorthand for the proposition that the ways in which we know and represent the world (both nature and society) are inseparable from the ways in which we choose to live in it. Knowledge and its material embodiments are at once products of social work and constitutive of forms of social life; society cannot function without knowledge anymore than knowledge can exist without appropriate social supports. Scientific knowledge in particular, is not a transcendent mirror of reality. It both embeds and is embedded in social practices, identities, norms, conventions, discourses, instruments and institutions – in short in all the building blocks of what we term the social.« (Jasanoff, 2004a, S 2f.)

Während der Rekurs auf *co-production* dem komplexen Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft Rechnung trägt und Wege, aber auch Grenzen der Realisierung von Partizipation aufzeigt, erscheint die Rolle von Normativität und die Auseinandersetzung mit Zukunftsvisionen in diesem Diskurs jedoch tendenziell unterbestimmt und als Forschungsdesiderat. Denn möchte man ethisch zwischen unterschiedlichen Formen von Partizipation in Wissenschaft und Gesellschaft unterscheiden, bleiben Chilvers und Kearnes mögliche Kriterien schuldig und plädieren stattdessen dafür, an Partizipation nicht mit a priori feststehenden äußeren Maßstäben heranzutreten, sondern kollektiv, offen und verantwortungsvoll die Auswirkungen konkreter partizipativer Formate aus der von ihnen vorgeschlagenen relationalen Perspektive zu beurteilen: »Instead of the a priori normative and linear evaluation of participation, a coproductionist perspective seeks to attend to the closures, exclusions, effects, and openings precipitated by participatory formats as matters of collective reflection, openness, and responsibility.« (Chilvers & Kearnes, 2020, S. 355). Die dieses Statement charakterisierende Offenheit und Einforderung gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und Verantwortungsübernahme sind wichtig und anschlussfähig an die oben dargestellte von Davis and Vaughan eingeforderte Prozessoffenheit einer Ethik der Partizipation. Jedoch erscheint der Verzicht auf eine direkte Auseinandersetzung über geeignete normative Maßstäbe und zustimmungswürdige Vorstellungen gesellschaftlicher Zukünfte bzw. des common good problematisch. Dies läuft Gefahr, die gewünschten Verständigungsprozesse zu begrenzen und die Frage, wozu Partizipation betragen soll, nicht zu beantworten. Eine solche Offenheit bzw. Unterbestimmtheit in puncto Normativität kann zu einer Einschränkung kritischer Urteilskraft und ethischer Orientierung führen. Diese sind jedoch für eine Ethik und Praxis der Partizipation wichtig, bspw. für die Ausrichtung der Entwicklung von experimentellen Partizipationsformaten und die Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse hin zu solchen, die Demokratisierung und wünschenswerte Zukunftsvisionen fördern, wie sie ja auch Chilvers & Kearnes (2015c) explizit anstreben. Daher erscheint eine Zusammenführung der ethischen Debatte zu partizipativer Forschung, der STS-Debatte zu *co-production* und weiterer philosophisch-ethischer, gesellschaftskritischer und demokratietheoretischer Ansätze wie der zu participatory democracy als Forschungsdesiderat.

Schluss

Konkrete Fragen der verantwortungsvollen Ausgestaltung und Evaluation partizipativer Projekte nehmen zu Recht einen großen Raum in der ethischen Debatte zu partizipativer Forschung ein, stellen sie doch alle Beteiligten vor dringliche Herausforderungen, die gelöst werden müssen. Sie betreffen zudem grundlegende Fragen nach guten Beziehungen und verantwortungsvollem Handeln im Forschungskontext, die oft auch über den Kontext partizipativer Forschung hinaus relevant sind. In Anerkennung dessen plädiert dieser Beitrag gleichwohl zusätzlich für einen Wechsel der Blickrichtung: weg von konkreten forschungs- und care-ethischen Herausforderungen partizipativer Forschungsprojekte hin zu normativen und epistemischen Grundfragen und den für gelingende partizipative Forschung erforderlichen bzw. ihr zuträglichsten Bedingungen in

Wissenschaft und Gesellschaft. Im Unterschied zu einzelnen Partizipationsprojekten, die sich in ihrem Fokus notwendigerweise beschränken müssen, sollte eine Ethik der Partizipation nicht davor zurückschrecken, sich stärker mit den gesellschaftspolitischen und ethischen Forderungen der gerechtigkeitsorientierten Tradition partizipativer Forschung auseinanderzusetzen und diese mit ihren Mitteln zu unterstützen. Es gilt, Partizipation, Wissenschaft und Gesellschaft zu re-imaginieren (Vgl. Chilvers & Kearnes, 2015a) und die alte ethische Grundfrage auch in diesem Kontext wieder ernsthaft zu stellen: In welcher Welt wollen wir leben? Auf welche Zukunftsentwürfe können wir uns einigen und wie müssen gesellschaftliche Verhältnisse und das Wissenschaftssystem (um)gestaltet werden, um uns dorthin zu bringen? Dieser Art Fragen zu stellen bedeutet nicht, sie für andere zu beantworten, sondern vielmehr, Raum für Reflexion und Deliberation zu bieten und wo möglich die Diskussionen zu bereichern durch Kenntnisse von einschlägiger Forschungsliteratur, analytische und reflektierende Fähigkeiten und das Herausarbeiten der normativen Dimensionen und Aspekte von Problemen partizipativer Forschung. Gelingende Partizipation erfordert langfristig eine Umgestaltung und Demokratisierung von Wissenschaft und Gesellschaft und eine gerechtigkeits- und gemeinwohlorientierte Wissenschaft und demokratische Gesellschaft erfordern möglichst viel Partizipation. Partizipation erscheint aus dieser Perspektive zugleich als Mittel und Zweck, aber eben auch als angewiesen auf geeignete Bedingungen, die es zu schaffen bzw. zu verbessern gilt.

Die Idee von Partizipation in der Forschung bzw. von Partizipation allgemein als Teilhabe und Mitgestaltung einen selbst betreffender Verhältnisse – und desgleichen die vielfachen Krisen der Gegenwart – fordern alle Beteiligten, gerade auch die Ethik, heraus, vorherrschende Vorstellungen von Wissenschaft und Gesellschaft zu hinterfragen und gegebene Verhältnisse nach ethischen Maßstäben der Demokratisierung und Bedürfnisorientierung umzugestalten. Eine Ethik der Partizipation fungiert in diesem Sinn als Aushandlungsort und zugleich als Player, der macht- und selbstkritisch Wissenschaft und Gesellschaft auf den Prüfstand stellt und wo nötig Position bezieht. Bspw. müssen grundlegende menschliche Bedürfnisse erfüllt und die individuelle und kollektive Existenz gesichert sein, damit Menschen Ressourcen haben, zu partizipieren – an Forschung, Politik, Technologieentwicklung, Wirtschaft und Gemeinschaftsleben. Es ist eine ethische Forderung, wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Institutionen und Verhältnisse auf allen Ebenen so zu gestalten, dass sie Teilhabe ermöglichen und fördern und jede:n Einzelne:n bestmöglich befähigen, an der gesellschaftlichen Wissensproduktion und Organisation des Zusammenlebens teilzuhaben. Das bedeutet u. a., dass Zugang zu Bildung und politischen Ämtern geschaffen und natürlich auch, dass strukturelle Ausschlüsse abgebaut und Macht und Reichtum umverteilt werden, wo sie so ungleich verteilt sind, dass sie Möglichkeiten der Mitbestimmung und Teilhabe einschränken. Natürlich sollen partizipative Projekte im Bereich konkreter Forschung und Technologieentwicklung nicht allein mit größeren gesellschaftlichen Umwälzungen beauftragt werden oder auf diese warten. Versuche, den (häufig allzu engen) Spielraum gegebener Verhältnisse zu nutzen, um mit partizipativen Formaten zu experimentieren, sind äußerst wichtig und trotz aller Einschränkungen unabdingbar, um Veränderungen anzustoßen und Lernerfahrungen zu ermöglichen. Damit dies gelingt und nicht etwa das Kernanliegen von Partizipation mit an ihrer Realisierung scheiternden Projekten

mit begraben wird, bedarf es aber auch beständiger (Selbst-)Kritik und Anstrengungen, sich die Idee der Teilhabe und des in ihr enthaltenen Anspruchs auf eine Umgestaltung von Wissenschaft und Gesellschaft (erneut) vor Augen zu führen und nach Möglichkeiten systemischer Veränderung zu suchen und zu streben.

Partizipation, Wissenschaft und Gesellschaft zu reimaginieren ist eine wichtige ethische Forderung und Herausforderung. Eine ihrer größten Hürden liegt jedoch im mangelnden Vorstellungsvermögen, in der unzureichend ausgebildeten Fähigkeit, eine gerechtere Welt zu imaginieren, wie Patricia Maguire (2016 [1987]) festhielt: »One of the greatest obstacles to creating a more just world is the power of the dominant hegemony, ›the ideological oppression which shapes the way in which people think‹ (Participatory Research Network, 1982:43)« (S. 421). Diese Ausdrucksweise verrät das Alter des (wieder abgedruckten) Aufsatzes aus dem Jahr 1987; in gegenwärtigen ethischen Partizipationsdiskursen ist von der Herstellung einer gerechteren Welt oder ideologischer Unterdrückung selten die Rede, zumindest außerhalb der PAR. Partizipation wird, wie zuvor gezeigt, tendenziell wissenschaftszentriert konzipiert und i.d.R. mit dem konkreten Anliegen der Verbesserung der Lebensverhältnisse von Co-Forschenden oder beforschten Communities verbunden. Es ist jedoch für eine Ethik der Partizipation zentral, gegebene Macht- und Unterdrückungsverhältnisse, Forschungsmethoden und vorherrschende Narrative von Wissenschaft und Gesellschaft zu hinterfragen und die Vorstellungskraft für eine Vision dessen, was sein könnte (wieder) zu wecken. Dies wurde bereits von Caitlin Cahill und Kolleginnen als Motivation ihrer Ethik der Partizipation hervorgehoben (2007): »Our conceptualization of a participatory ethics is motivated by a vision for ›what could be,‹ and the possibilities of addressing asymmetries of power, privilege, and knowledge production.« (S. 306) Eine Ethik der Partizipation ist zudem immer auch eine offene und selbstkritische Reflexion aller Beteiligten, die ihre eigenen Grundlagen mit verhandelt und kritisch an zu klärenden Maßstäben misst. Sie sollte gesellschaftliche Ausschlussmechanismen und institutionelle und epistemische Hürden genauer analysieren, als Ungerechtigkeit markieren und sich für deren Überwindung, für gesellschaftlichen Wandel hin zu einer egalitären, Partizipation ermöglichenden Gesellschaft einsetzen. Wem dies zu aktivistisch anmutet, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob eine den Aktivismuskritik scheuende und dadurch die gerechtigkeitsorientierte Tradition partizipativer Forschung vernachlässigende Ethik der Partizipation ihrem Gegenstand gerecht werden kann, nämlich einer Forschung, die selbst zu einem beträchtlichen Teil aktivistische bzw. gesellschaftspolitische Ziele wie Gesundheitsgerechtigkeit oder Umweltgerechtigkeit verfolgt. Gegenstand, Methoden und Grenzen einer Ethik der Partizipation bedürfen in jedem Fall weiterer selbstkritischer Auseinandersetzung.

Danksagung

Corinna Klingler und Marc Bubeck danke ich herzlich für sehr hilfreiche Kommentare und stets konstruktive Kritik zu einer früheren Fassung dieses Beitrags. Der Beitrag wurde im Rahmen der Förderung »Ethik der Partizipation in Gesundheitsforschung und Biopolitik« (Symposium) durch die VolkswagenStiftung verfasst.

Literatur

- Allianz der Wissenschaftsorganisationen. (2022). Statement: Alliance of Science Organisations in Germany on Citizen Participation in Research. <https://www.allianz-der-wissenschaftsorganisationen.de/en/topics-statements/citizen-participation-in-research/> [letzter Zugriff 29.10.2024]
- Anderson, E. E. (2023). Introduction: What We Talk About When We Talk About the Ethics of Engaging Patient and Community Stakeholders in Health Research. In Anderson, E.E. (Hg.) *Ethical Issues in Community and Patient Stakeholder-Engaged Health Research* (S. 3–10). Springer https://doi.org/10.1007/978-3-031-40379-8_1
- Arnstein, S.R. (1969). A Ladder Of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners* 35(4), 216–224. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>
- Bahr, A., Eichhorn, K., & Kubon, S. (2022). #IchBinHanna: Prekäre Wissenschaft in Deutschland. Suhrkamp Verlag.
- Banks, S., & Brydon-Miller, M. (2018). *Ethics in participatory research for health and social well-being*. Routledge.
- Bogner, A. (2021). Politisierung, Demokratisierung, Pragmatisierung. Paradigmen der Technikfolgenabschätzung im Wandel der Zeit. In S. Böschen, A. Grunwald, B.J. Krings, & C. Rösch (Eds.), *Technikfolgenabschätzung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 43–58). Nomos Verlag.
- Braun, K., & Könniger, S. (2018). From experiments to ecosystems? Reviewing public participation, scientific governance and the systemic turn. *Public Understanding of Science*, 27(6), 674–689. <https://doi.org/10.1177/0963662517717375>
- Cahill, C., Sultana, F., & Pain, R. (2007). Participatory ethics: Politics, practices, institutions. *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, 6(3), 304–318.
- Centre for Social Justice and Community Action & National Coordinating Centre for Public Engagement (CSJCA & NCCPE, 2022). *Community-based participatory research: A guide to ethical principles and practice* (2nd edition), Durham and Bristol.
- Chilvers, J., & Kearnes, M. (2015a). Science, democracy and emergent publics. In J. Chilvers & M. Kearnes (Hg.) *Remaking participation: Science, environment and emergent publics* (S. 31–63). Routledge.
- Chilvers, J., & Kearnes, M. (2015b). Participation in the making: rethinking public engagement in co-productionist terms. In J. Chilvers & M. Kearnes (Hg.) *Remaking participation: Science, environment and emergent publics* (S. 31–63). Routledge.
- Chilvers, J., & Kearnes, M. (2015c). REMAKING PARTICIPATION. Towards reflexive engagement. In J. Chilvers & M. Kearnes (Hg.) *Remaking participation: Science, environment and emergent publics* (S. 261–288). Routledge.
- Chilvers, J. & Kearnes, M. (2020). Remaking Participation in Science and Democracy. *Science, Technology, & Human Values*, Vol. 45(3), 347–380. <https://doi.org/10.1177/0162243919850885>
- Clar, C., & Wright, M. T. (2020). *Partizipative Forschung im Deutschsprachigen Raum – Eine Bestandsaufnahme* (S. 1–29). Alice Salomon Hochschule Berlin.
- Cooke, B., & Kothari, U. (Eds.). (2001). *Participation: The new tyranny?*. Zed books.

- Cooper, C. B., & Lewenstein, B. V., (2016). Two meanings of citizen science. In Cavalier, D., & Kennedy, E. B. (Hrsg.) *The rightful place of science: Citizen science*. Consortium for Science, Policy & Outcomes. 51–62.
- Cornish, F., Breton, N., Moreno-Tabarez, U., Delgado, J., Rua, M., de-Graft Aikins, A., & Hodgetts, D. (2023). Participatory action research. *Nature Reviews Methods Primers*, 3(1), 34. <https://doi.org/10.1038/s43586-023-00214-1>
- Davis, E., & Vaughan, C. (2018). Social action for social change. In S. Banks & M. Brydon-Miller (Hg.), *Ethics in Participatory Research for Health and Social Well-Being* (S. 181–206). Routledge.
- Delvenne, P., & Macq, H. (2020). Breaking bad with the participatory turn? Accelerating time and intensifying value in participatory experiments. *Science as Culture*, 29(2), 245–268. <https://doi.org/10.1080/09505431.2019.1668369>
- Eitzel, M., Cappadonna, J., Santos-Lang, C., Duerr, R., West, S. E., Virapongse, A., ... & Jiang, Q. (2017). Citizen science terminology matters: Exploring key terms. *Citizen science: Theory and practice*, 1–20. <https://theoryandpractice.citizenscienceassociation.org/articles/10.5334/cstp.96> (letzter Zugriff: 30.10.2024).
- Evans, A., & Potochnik, A. (2023). Theorizing participatory research. In Anderson, E.E. (Hrsg.) *Ethical issues in community and patient stakeholder-engaged health research* (S. 11–26). Springer.
- Felt, U., Barben, D., Irwin, A., Joly, P. B., Rip, A., Stirling, A., & Stöckelová, T. (2013). Science in Society: caring for our futures in turbulent times. Policy briefing, 50.
- Freire, P. (1970). *Pedagogy of the oppressed*. Continuum.
- Fricker, M. (2007). *Epistemic injustice: Power and the ethics of knowing*. Oxford University Press.
- Frith, L. (2023). Democratic Justifications for Patient Public Involvement and Engagement in Health Research: An Exploration of the Theoretical Debates and Practical Challenges. *The Journal of Medicine and Philosophy: A Forum for Bioethics and Philosophy of Medicine*, 48(4), Article 4. <https://doi.org/10.1093/jmp/jhdo24>
- Gieryn, T. F. (1983). Boundary-work and the demarcation of science from non-science: Strains and interests in professional ideologies of scientists. *American Sociological Review*, 48, 781–795.
- Gottweis, H. (2008). Participation and the new governance of life. *BioSocieties*, 3(3), 265–286. <https://doi.org/10.1017/S1745855208006194>
- International Collaboration for Participatory Health Research (ICPHR). (2013). Position Paper 1: What is Participatory Health Research? Version: Mai 2013. Berlin: International Collaboration for Participatory Health Research. http://www.icphr.org/uploads/2/0/3/9/20399575/ichpr_position_paper_1_defintion__version_may_2013.pdf (letzter Zugriff 20.01.2024).
- Irwin, A. (1995). *Citizen Science*. Routledge.
- Irwin, A. & Wynne, B. (1996). Introduction. In A. Irwin & B. Wynne (Hg.) *Misunderstanding Science? The Public Reconstruction of Science and Technology*, (S. 1–17). Cambridge University Press.
- Jasanoff, S. (2004a). The idiom of co-production. In Jasanoff (Hg.) *States of knowledge* (pp. 1–12). Routledge.

- Jasanoff, S. (2004b). Ordering knowledge, ordering society. In Jasanoff (Hg.) *States of knowledge* (pp. 13–45). Routledge.
- Jasanoff, S. (2017). Science and Democracy. In U. Felt, R. Fouché, C.A. Miller, L. Smith-Doerr (Hg.), *The Handbook of science and technology studies*, 4th edition (S. 259–288). MIT press.
- Lezaun, J., Marres, N., & Tironi, M. (2017). *Experiments in participation*. In U. Felt, R. Fouché, C.A. Miller, L. Smith-Doerr (Hg.), *The Handbook of science and technology studies*, 4th edition (S. 195–222). MIT press.
- Maguire, P. (2016). Feminist Participatory Research. In: A. M. Jaggar (Hg.) *Just Methods: An Interdisciplinary Feminist Reader*. 2nd edition (S. 417–432). Routledge.
- Manzo, L. C., & Brightbill, N. (2007). Toward a participatory ethics. In S. Kindon, R. Pain, M. Kesby (Hg.) *Participatory action research approaches and methods* (S. 59–66). Routledge.
- Ottinger, G. (2017). Reconstructing or reproducing?: Scientific authority and models of change in two traditions of citizen science. In D. Tyfield, R. Lave, S. Randalls, & C. Thorpe (Hg.) *The Routledge handbook of the political economy of science* (S. 351–364). Routledge.
- Pateman, C. (1970). *Participation and democratic theory*. Cambridge University Press.
- Prainsack, B. (2014). The powers of participatory medicine. *PLoS biology*, 12(4), e1001837. <https://doi.org/10.1371/journal.pbio.1001837>
- Soneryd, L. (2015). Technologies of participation and the making of technologized futures. In J. Chilvers & M. Kearnes (Hg.), *Remaking Participation* (pp. 144–161). Routledge.
- Turnhout, E., Metze, T., Wyborn, C., Klenk, N., & Louder, E. (2020). The politics of co-production: participation, power, and transformation. *Current opinion in environmental sustainability*, 42, 15–21. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2019.11.009>
- Von Unger, H. (2014). *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Springer VS.
- Wright, M. T. (2021). Partizipative Gesundheitsforschung: Ursprünge und heutiger Stand. *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz*, 64(2), 140. <https://doi.org/10.1007/s00103-020-03264-y>

